

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und  
Gesundheit  
am Donnerstag, dem 23.11.2023, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:05 Uhr**

|    |   | Seite       |
|----|---|-------------|
| .  | <b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>  |             |
| 1. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner  | 5           |
| 2. | Bericht der Verwaltung  | 6           |
| 3. | Kommunale Pflegeplanung 2024  | 216/2023 8  |
| 4. | Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde   | 215/2023 10 |
| 5. | Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen - Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2024 | 214/2023 11 |
| .  | <b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>  |             |
| 1. | Bericht der Verwaltung  | 15          |
| 2. | Änderung der Vereinbarungen mit den Vereinen "Frauen helfen Frauen Beckum e. V". und "Frauen helfen Frauen Warendorf e. V"                              | 211/2023 16 |
| 3. | Änderung des Vertrages mit Innosozial gGmbH über die Durchführung von pädagogischen/therapeutischen Maßnahmen (Fachdienst Autismus)                     | 183/2023 17 |

**Anlagen**

- Anlage 1 Präsentation Kommunale Pflegeplanung 2024
- Anlage 2 Präsentation Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde für die Jahre 2021 - 2022
- Anlage 3 Synopse Formulierung § 8 der Muster-Leistungsvereinbarungen über den Einsatz von Integrationshelfern

**Anwesend:**

| <b>Ausschussmitglieder</b>         |
|------------------------------------|
| Anlauf, Andreas                    |
| Aydemir, Ergül                     |
| Blömker, Franz-Ludwig              |
| Eickmeier, Elisabeth Irmgard       |
| Geiger, Andrea                     |
| Hamann, Maria                      |
| Heringloh-Poll, Norbert            |
| Lehnert, Susanne, Dr.              |
| Möllmann, Rolf                     |
| Strohbücker, Josef                 |
| Strübbe, Robert                    |
| Vöcking, Knud                      |
| Wamba, Gilbert                     |
| Wiesch, Ludger                     |
| Zimmermeyer-Schürmann, Heike       |
| <b>stellv. Ausschussmitglieder</b> |
| Grap, Valeska                      |
| Rosenbaum, Ulf                     |
| Schulze Westhoff, Stephan          |
| Stelthove, Karl                    |
| <b>von der Verwaltung</b>          |
| Arizzi-Rusche, Anna, Dr.           |
| Greßmeyer, Marina                  |
| Hano, Manuela                      |
| John, Kai                          |
| Kornblum, Tim, Dr.                 |
| Peters, Johanna                    |
| Röttger, Kirsten                   |
| Schabhüser, Helmut                 |
| Weil, Barbara                      |

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Duhme, Elke

Schade, Janina

Schubert, David

Strecker, Rita

Herr Strübbe eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 10.11.2023 form- und fristgerecht versandt wurde.

|                             |
|-----------------------------|
| <b>I. Öffentlicher Teil</b> |
|-----------------------------|

|  |  |
|--|--|
| <b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b> |  |
|--|--|

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

|                                  |  |
|----------------------------------|--|
| <b>2. Bericht der Verwaltung</b> |  |
|----------------------------------|--|

### Stärkungspakt NRW

Herr John berichtet zum Stärkungspakt NRW. Mit Bescheid vom 17.01.2023 war dem Kreis Warendorf seitens des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales für 2023 ein Betrag von 281.136 € zur Verfügung gestellt worden.

Da die Richtlinien einen engen Rahmen vorgeben, können nicht alle Ideen und Wünsche umgesetzt werden.

Herr John nennt als größte Positionen:

- Anschaffung von Fahrrädern und Helmen für Grund- und Förderschulen, damit alle Kinder an der Fahrradprüfung teilnehmen können  
(30 Schulen haben Mittel erhalten) 112.000 €
- Schuldnerberatungsstelle beim Kreis Warendorf und bei der Diakonie: Härtefallfonds und Übernahme von Personalkosten für das Angebot einer weiteren Sprechstunde 76.505 €

Weitere Positionen waren

- Horizonte e.V.: Austausch von Waschmaschinen 10.500 €
- Unterstützung der Tafeln in Drensteinfurt und Ostbevern 30.000 €
- Unterstützung für verschiedene Vereine 50.088 €

Frau Dr. Arizzi Rusche zeigt sich erfreut dass die Mittel verausgabt werden konnten. In verschiedenen Kreisen sei dieses nicht möglich gewesen, so dass Mittel teilweise komplett zurückgeben werden mussten.

### Sachstand Krankenhausplanung

Herr Dr. Kornblum berichtet über den Sachstand der Krankenhausplanung.

In einem gemeinsamen Termin der unteren Gesundheitsbehörden mit der Bezirksregierung Münster wurde mitgeteilt, dass die weiteren Verhandlungen zur Krankenhausplanung NRW zwischen Bezirksregierungen und Krankenhausträgern angelaufen seien. Bisher gebe es keine neuen Ergebnisse, die öffentlich gemacht werden können. Aufgrund der Unsicherheit bezüglich der weiteren Finanzierung der Häuser im Rahmen von Bundesreformen, werde mit Ergebnissen im Lauf des Jahres 2024 gerechnet. Das Gesundheitsamt wird den Ausschuss über die Ergebnisse informieren, sobald diese vorliegen.

### Einführung der „Anonymen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt“ im Kreis Warendorf

Herr Dr. Kornblum berichtet, dass es in Zukunft neben der Möglichkeit Anzeige nach einem Sexualdelikt zu erstatten, auch die Möglichkeit gebe, Spuren zu asservieren ohne die Polizei einzuschalten. Hierzu wurden Gespräche mit den Krankenhäusern

des Kreises geführt. Diese zeigten sich offen für eine Beteiligung an einem Netzwerk. Ebenso werde die Rechtsmedizin Münster mitwirken. Dort können die Spuren für 10 Jahre asserviert und Fortbildungen für medizinisches Personal durchgeführt werden. Momentan werde ein Netzwerkkonzept mit den Häusern abgestimmt.

**3. Kommunale Pflegeplanung 2024****216/2023**

Frau Peters teilt mit, dass die kommunale Pflegeplanung 2024 (Präsentation sh. Anlage 1) die regelmäßige Pflegeberichterstattung fortsetze, nachdem für 2022 coronabedingt der Datenreport Pflege erstellt wurde.

Sie berichtet u.a. über

- die demographische Entwicklung im Kreis Warendorf
- Pflegebedürftigkeit im Kreis Warendorf insbesondere auf Grundlage der Pflegestatistik 2021
- Pflegebedürftigkeit im Kreis Warendorf anhand einer Pflegemodellberechnung 2021 – 2050
- den Schwerpunkt Gewinnung und Sicherung von Pflege(fach)kräften

Zudem berichtet Frau Peters zur Pflegeinfrastruktur im Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden. Abschließend erläutert sie verschiedene Handlungsempfehlungen und deren Umsetzungsstand, z. B. dem Gesamtkonzept „Älter werden im Kreis Warendorf“.

Frau Peters weist auf das Problem hin, dass in den nächsten 15 Jahren erwartungsgemäß ca. 42 % der über 50-Jährigen Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen und -diensten nicht mehr erwerbsfähig sein werden. Ein weiteres Problem für ältere Menschen könne zudem fehlender bezahlbarer Wohnraum sein.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker hinsichtlich Einrichtungen, die wegen Fachkräftemangels zunächst nicht eröffnet werden können, teilt Frau Peters mit, dass es hier noch keine Auswertung gebe.

Herr Blömker erkundigt sich, ob Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste im Kreis Warendorf ihren Betrieb wegen Fachkräftemangel als gefährdet ansehen würden.

Herr John teilt mit, dass viele Träger und Dienste immer wieder Personalprobleme haben. In der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 15.11.2023 sei dafür geworben worden, dass Dienste auf den Kreis zukommen können, wenn wirtschaftliche Probleme absehbar seien.

Herr Blömker weist darauf hin, dass die Tagespflege auch in allen Ortsteilen der Kommunen ausgebaut werden solle. Bisher gebe es nur in wenigen Ortsteilen das Angebot der Tagespflege.

Herr John weist darauf hin, dass z. B. eine Tagespflege in Westbevern-Vadrup mit 5 Plätzen wirtschaftlich keinen Sinn mache. In Gesprächen mit den Kommunen werde jedoch sicherlich noch Bedarf festgestellt.

Herr Strübbe betont, dass das Angebot der Kurzzeitpflege ein wichtiger Teil der häuslichen Pflege sei, z. B. um den pflegenden Angehörigen Urlaubsfahrten zu ermöglichen.

Herr Blömker teilt mit, dass zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Seniorinnen und Senioren im Kreis Warendorf ein Budget von 5.000 € zur Verfügung stehe. Dieses sei in 2019 ausgeschöpft, in den Folgejahren, auch coronabedingt, nur in geringem Maße in Anspruch genommen worden. Er regt an, die entsprechenden Richtlinien anzupassen und weiter zu fassen.

Herr John teilt mit, dass die Anfrage von Herrn Blömker zum Anlass genommen wurde, die Fördermöglichkeit für Maßnahmen und Initiativen/Projekte öffentlich zu bewerben. Er halte die Richtlinien nicht für zu eng gefasst.

An der Diskussion beteiligt sich Frau Geiger.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Kommunale Pflegeplanung 2024 wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**4. Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde****215/2023**

Frau Hano stellt den Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde für die Jahre 2021 bis 2022 vor (sh. Präsentation Anlage 2). Sie berichtet u.a. über

- die Wohn- und Betreuungsangebote sowie
- die Tätigkeiten der WTG-Behörde.

Sie weist darauf hin, dass Regelprüfungen in der Regel alle zwei Jahre durchgeführt werden, bei Auffälligkeiten in einer Einrichtung jährlich. In 2023 seien bisher 36 Anlass- und 41 Regelprüfungen durchgeführt worden.

Herr Blömker teilt mit, dass in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege seitens Vertretern der Einrichtungen die Vielzahl an Prüfungen beklagt werde. Der Umfang der erforderlichen Dokumentationen werde bemängelt, die Zeit der Pflegekräfte könne sinnvoller für die Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner genutzt werden. Auch wenn nur wenige Mängel festgestellt würden, seien jedoch Prüfungen erforderlich.

Herr Strübbe sieht ebenfalls das Erfordernis von Dokumentationen, ggf. müssten die Anforderungen jedoch verringert werden.

Herr Möllmann zeigt sich erfreut über die gestiegene Anzahl der Pflegeplätze. Auch sei die Bezahlung der Pflegekräfte besser als je zuvor. Insgesamt könne daher ein positives Fazit hinsichtlich der Situation in der Pflege gezogen werden.

An der Diskussion beteiligt sich Frau Geiger.

**Abstimmungsergebnis:**

|           |  |                 |
|-----------|--|-----------------|
| <b>5.</b> | <b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen - Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2024</b> | <b>214/2023</b> |
|-----------|--|-----------------|

Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 20.10.2023 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für 2024 vor.

Darüber hinaus werden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2024 beraten:

1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2023
2. Anträge der FWG-Kreistagsfraktion vom 31.10.2023 und 05.11.2023
3. Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.11.2023 (Datum E-Mail)
4. Antrag DER PARITÄTISCHE vom 21.08.2023
5. Antrag der Innosozial gGmbH vom 29.06.2023
6. Antrag des Arbeiter-Samariter-Bundes Regionalverband Münsterland e.V. vom 29.06.2023
7. Antrag des Arbeitskreises Jugend- und Drogenberatung vom 05.09.2023
8. Antrag der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V. vom 28.09.2023

Daneben liegen Änderungen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2024 zum Ergebnisplan und zu den Kennzahlen vor.

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2024 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt und
- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Herr Strübbe teilt mit, dass im Vorbericht auf Seite 87 die Anzahl der Pflegebedürftigen entsprechend dem Antrag der FWG-Kreistagsfraktion korrigiert wird.

Zu den Seiten 258 bis 260, Produkt 050130 Hilfen in bes. Lebenssit., liegt ein Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2023 vor.

Die Fraktion beantragt die positive Beschlussfassung des Antrages von Der PARITÄTISCHE auf Förderung der Selbsthilfe-Kontaktstelle in Höhe von 30.000 €.

Der Haushaltsplan sieht einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € vor.

Frau Grap begründet den Antrag.

Herr Blömker, Frau Geiger und Frau Eickmeier unterstützen diesen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

|            |   |
|------------|---|
| Ja         | 18 Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen,<br>1 FDP, 1 FWG, 1 Die FRAKTION) |
| Nein       | 1 Stimme (AfD)  |
| Enthaltung | 0 Stimmen   |

Zu den Seiten 376 bis 378, Produkt 050140 Zuweis. Gesundheitseinricht., liegen verschiedene Anträge vor.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die positive Beschlussfassung des Antrages der Ev. Frauenhilfe in Westfalen e.V., die Prostituierten-Beratungsstelle Tamar ab dem Haushaltsjahr 2024 anteilig zu finanzieren.

Frau Grap begründet den Antrag und teilt mit, dass in Absprache mit der CDU-Fraktion nunmehr vorgeschlagen werde, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ev. Frauenhilfe im nächsten Jahr in eine Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit einladen wird, um das Projekt vorstellen.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag für das Haushaltsjahr 2024 zurück.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die positive Beschlussfassung des Antrages des Arbeiter-Samariter-Bundes auf Bewilligung anteiliger Fördermittel für das Angebot des ASB Hebammenmobil.

Frau Grap begründet den Antrag. Sie betont, dass keine Parallelstruktur zum Café Kinderwagen geschaffen werden solle, sondern ein niederschwelliges Angebot für schwangere Frauen als sinnvolle Ergänzung. Sofern eine Förderung für 2024 nicht möglich sei, solle die Vorstellung des Hebammenmobils durch den Arbeiter-Samariter-Bund in einer Sitzung des Ausschuss für Soziales und Gesundheit in 2024 erfolgen.

Frau Geiger, Frau Eickmeier, Herr Blömker und Herr Möllmann bitten um eine Vorstellung des Hebammenmobils im Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Herr Strübbe stellt fest, dass der Antrag nach Vorstellung des Projektes durch den Arbeiter-Samariter-Bund in den Haushaltsplanberatungen 2025 nochmals diskutiert werden solle.

Frau Grap zieht den Antrag für das Haushaltsjahr 2024 zurück.

Die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beantragen, den bisherigen Zuschuss für den Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V. um 9,39 % (12.460 €) zu erhöhen.

Den Anträgen der Fraktionen liegt ein Antrag auf Erhöhung des Förderbetrages für die Drogenberatung und Suchtprävention um 9,39 % seitens des Arbeitskreises Jugend- und Drogenberatung vom 05.09.2023 zu Grunde.

Frau Grap und Herr Blömker begründen die Anträge mit der unzureichenden Förderung des Landes.

Frau Dr. Lehnert sieht das Land NRW in der Pflicht der Finanzierung. Seitens der CDU-Fraktion werde daher eine hälftige Förderung in Höhe von 6.200 € vorgeschlagen.

Frau Eickmeier und Frau Grap wären mit dieser Erhöhung der Förderung einverstanden.

Herr Blömker beantragt weiterhin die Erhöhung des Förderbetrages in Höhe von 12.460 €.

Herr Strübbe lässt über die beiden Anträge abstimmen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion (Erhöhung des Zuschusses um 12.460 €).

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

|            |   |
|------------|---|
| Ja         | 5 Stimmen (4 SPD, 1 Die FRAKTION)       |
| Nein       | 11 Stimmen (8 CDU, 1 FDP, 1 FWG, 1 AfD) |
| Enthaltung | 3 Stimmen (3 Bündnis 90/Die Grünen)     |

Anschließend wird über den geänderten Antrag von Bündnis90/Die Grünen abgestimmt (Erhöhung des Zuschusses um 6.200 €).

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

|            |  |
|------------|--|
| Ja         | 18 Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FWG, 1 Die FRAKTION) |
| Nein       | 1 Stimme (AfD)   |
| Enthaltung | 0 Stimmen  |

Die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, FWG und SPD beantragen die Förderung des Psychosozialen Traumazentrums in Höhe von 25.000 €. Die Fraktionen unterstützen damit den Antrag der Innosozial gGmbH vom 29.06.2023 zur Förderung des Psychosozialen Traumazentrums für Geflüchtete im Kreis Warendorf in Höhe von 25.000 € jährlich.

Frau Grap, Frau Eickmeier und Herr Blömker begründen die Anträge.

Frau Grap teilt mit, dass es sich um eine etablierte Einrichtung zur Behandlung von Flüchtlingen handele. Herr Blömker weist darauf hin, dass eine Förderung durch das Land ungewiss sei.

Frau Geiger befürwortet eine Förderung des Traumazentrums für weitere drei Jahre. Für 2024 solle die Förderung 25.000 € betragen, für die Jahre 2025 und 2026 sollen jedoch von diesem Betrag 10.000 € mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Herr Strübbe regt an, die Innosozial gGmbH in eine Sitzung des Ausschusses einzuladen und über die Entwicklung des Traumazentrums zu berichten.

Herr Vöcking stimmt für Die FRAKTION ausdrücklich einer Förderung zu, da durch die psychosoziale Betreuung Geflüchteter durch das Traumazentrum bereits viele Folgeprobleme im Vorfeld abgewendet werden können.

Frau Grap, Frau Eickmeier und Herr Blömker stimmen dem Vorschlag von Frau Geiger zu.

Herr Strübbe stellt fest, dass die Anträge dahingehend geändert werden, dass eine neue Vereinbarung für die kommenden drei Jahre geschlossen wird, wonach:

- für das Jahr 2024 eine Förderung in Höhe von 25.000 € erfolgt und
- für die Jahre 2025 und 2026 eine Förderung in Höhe von 25.000 € erfolgt, von denen jeweils 10.000 € mit einem Sperrvermerk versehen werden. Über diesen Betrag werde entschieden, nachdem die Innosozial gGmbH in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit über die Arbeit des Traumazentrums berichtet habe.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

|            |  |
|------------|--|
| Ja         | 18 Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FWG, 1 Die FRAKTION) |
| Nein       | 1 Stimme (AfD)   |
| Enthaltung | 0 Stimmen  |

Zu den Änderungslisten der Verwaltung zum Ergebnisplan und zu den Kennzahlen erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2024 wird mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales und Gesundheit gegeben ist.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

|            |  |
|------------|--|
| Ja         | 18 Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FWG, 1 Die FRAKTION) |
| Nein       | 1 Stimme (AfD)   |
| Enthaltung | 0 Stimmen  |

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführerin